

## Das Säuglingssterben in Lübeck.

Eine Erklärung des Reichsinnenministers. — Die Ernennungen in Thüringen.

Berlin, 21. Mai.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages, der den Etat des Innenministeriums behandelte, gab Reichsinnenminister Dr. Wirth vor Eintritt in die Tagesordnung eine Erklärung zu dem Säuglingssterben in Lübeck ab. Eingehend schilderte der Minister das Verhalten bei den Tuberkulose-Schutzimpfungen. Glücklicherweise sei der größte Teil der geimpften Säuglinge bisher gesund geblieben. Von den erkrankten Kindern bestanden sich ein Teil auf dem Wege zur Besserung; leider seien aber einige andere Fälle so schwer, daß sie noch zu einem tödlichen Ende führen könnten.

Die Frage, worauf es zurückzuführen sei, daß im Gegensatz zu allen sonstigen bisher gemachten Erfahrungen die benutzten Impfstoffaufschwemmungen in Lübeck so verheerend wirkten, bedürfte noch weiterer Klärung. Falls Verfehlungen vorgekommen seien, würden die verantwortlichen Personen in vollem Maße zur Rechenschaft gezogen werden. Das Reichsinnenministerium habe bereits alle Landesregierungen ersucht, bis zur völligen Klärung der Verhältnisse in Lübeck von der Anwendung des Calmette-Verfahrens abzusehen. Der Reichsgesundheitsrat habe übrigens schon 1927 zur Zurückhaltung gemahnt.

In der sich anschließenden Beratung des Etats des Reichsinnenministeriums standen die Ernennungen von Nationalsozialisten zu Polizeidirektoren in Thüringen im Vordergrund. Der deutschnationale Abgeordnete Berndt trat dabei für die Aufhebung des Stahlhelmbots ein und verlangte ferner, den Reichsminister für den Smelta-Verlust regreßpflichtig zu machen.

### Wirths Briefe an Minister Baum.

Reichsinnenminister Dr. Wirth verlas den von ihm — vor der Ernennung der Nationalsozialisten — an den thüringischen Regierungschef Baum gerichteten Brief, in dem es hieß, für die Aufhebung der Sperre der Polizeigelder sei die Zustimmung maßgebend gewesen, daß Nationalsozialisten nicht in die Landespolizei eingestellt worden sind.

Wenn nunmehr die thüringische Regierung einen Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei in eine leitende Stellung der thüringischen Polizei berufe, so würde dadurch eine völlige neue Lage geschaffen, die ihn, den Minister, veranlassen müßte, nachzutragen, ob er bei seiner Stellungnahme hinsichtlich der Aufhebung der Sperre der Polizeigelder noch weiter verbleiben könne. Grundsätzlich dürfe ein Beamter sich zu einer staatsfeindlichen Partei bekennen, nur dürfe er sich nicht in diesem Sinne betätigen.

Der Minister wies weiter auf die neuen thüringischen Schulgebete hin. Die Betonung politischer Dinge in diesen Gebeten werfe die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit auf. Reichsinnenminister Dr. Wirth fügte nach Verlesung des Briefes hinzu, daß er abschließend zu der Angelegenheit solange keine Stellung nehmen könne, als eine Antwort von Staatsminister Baum noch nicht eingetroffen sei.

### Die Durchführung der Räumung.

Der größte Teil der Truppen wird erst in der zweiten Junihälfte zurückgezogen.

Das Oberkommando der französischen Rheinarmee hat den einzelnen Truppenteilen in der Pfalz nunmehr genaue Abmarschbefehle zugeleitet. Demnach werden von dem 32. französischen Armeekorps, das zum größten Teil in der Pfalz steht, noch im Mai 2000 Mann abtransportiert werden, darunter 850 Mann aus der Garnison Zweibrücken, 750 aus Landau, 180 aus Germersheim und die übrigen aus Speyer und Kaiserslautern.

Der größte Teil der Truppen aus der Pfalz wird jedoch erst in den letzten zwei Wochen vor dem 30. Juni die Pfalz verlassen.

Die Militär-Dienststellen in Germersheim, Landau, Kaiserslautern und Zweibrücken sind in einem besonderen Befehl angewiesen worden, die Vorbereitungen für einen „würdigen Abzug der Truppen so zu treffen, daß die Bevölkerung den besten Eindruck von den siegreichen Truppen Frankreichs behält“. Am 26. Juni sollen nach diesem Befehl die Städte Germersheim, Landau, Kaiserslautern und Zweibrücken von den regulären Truppen befreit sein, vorausgesetzt, daß die Deutsche Reichsbahn ihrer Aufgabe nachkommen wird. Es sollen lediglich noch einige Truppenteile zur Sicherheit der Abwicklungskommandos zurückbleiben.

### Zeppelin fliegt dem Äquator zu.

Der Abschied von Sevilla. — Ehrengelicht deutscher Flugzeuge.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ startete am Dienstag nach kurzem Aufenthalt in Sevilla zum Flug über den Ozean nach Südamerika. Dem Start wohnte eine vielköpfige Menge bei, die, als der „Graf Zeppelin“ sich vom Erdboden erhob, in begeisterte Hochrufe ausbrach. Die Startmanöver gingen bei fast völliger Windstille unter tiefblauem Himmel vor sich. Das Luftschiff machte dann noch eine Ehrenrunde in Sevilla und verschwand darauf in westlicher Richtung, begleitet von zwei deutschen Flugzeugen, die dem „Graf Zeppelin“ bis zur spanischen Küste das Ehrengelicht gaben. Nach etwa einständiger Fahrt über Santucar erreichte der Zeppelin bei Cadix das offene Meer.

Am Abend zuvor hatte die Stadt Sevilla unter dem Vorsitz des Infanten Alfonso und der Infantin Beatriz zu Ehren der Zeppelininfahrt ein Essen gegeben.

Verbunden mit der Zeppelin-Fahrt nach Südamerika ist die Ausprobierung eines postalischen Zusammenwirkens zwischen Flugzeug und Luftschiff. In der ersten Etappe des Südamerikafuges ist dieses Zusammenwirken mit der Präzision eines Uhrwerks verlaufen! Das Postkurierflugzeug, das mit einer großen Menge Post und Zeitungen an Bord Berlin Montag

nachmittag 3 Uhr verlassen hatte — der „Graf Zeppelin“ war bereits Sonntag in Friedrichshafen gestartet — erreichte in einer Gesamtflugzeit von 15½ Stunden Sevilla noch vor der Landung des Luftschiffes. „Graf Zeppelin“ nahm programmäßig die Post an Bord, um sie in Pernambuco einem amerikanischen Flugzeug zu übergeben, so daß die Post fünf bis sechs Tage nach ihrer Absendung aus Berlin bereits in der brasilianischen bzw. argentinischen Hauptstadt ausgetragen werden kann!

Bisher nahm die Beförderung der Post von Berlin nach Argentinien etwa drei Wochen in Anspruch. Der Zeitgewinn, der durch ein postalisches Zusammenwirken von Flugzeug und Luftschiff erzielt werden könnte, ist also außerordentlich.

### Zeppelin-Funkpruch vom Ozean.

Friedrichshafen, 21. Mai. Dr. Eckener sandte vom Luftschiff „Graf Zeppelin“ aus einen Rundfunkpruch an Sevilla, mit dem er sich für die freundliche Aufnahme in Spanien bedankte. Ueber dem Ozean nahm das Luftschiff Kurs auf Madeira, um das Ziel über den Kanarischen Inseln nördlich zu umgehen. Die Fahrt wurde etwas durch Gegenwinde beeinträchtigt. Die deutschstämmigen Bewohner von Pernambuco wollen Dr. Eckener eine goldene Ehrenmedaille überreichen mit der Widmung: „Dem neuen Kolumbus“.

### „Graf Zeppelin“ über dem Atlantik

Friedrichshafen, 21. Mai.

Ueber den Flug des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ ging um 19.45 Uhr beim Luftschiffbau folgender Funkpruch ein: 16 Uhr 34 Grad Nord, 12 Grad West; Luftschiff fährt noch nicht besonders schnell, da Gegenwinde aus Süd bis Südwest, ausloten nach Westen, Richtung Madeira, um Tief nördlich Kanarischen Inseln zu umfahren und eher Passat zu erreichen.

New York, 21. Mai.

Die Londoner Vertretung der Associated Press erhielt eine Privatmeldung des Dampfers „Drita“, der den „Graf Zeppelin“ um 16.24 Uhr Berliner Zeit unter 34 Grad 44 Minuten nördlicher Breite und 12 Grad 53 Minuten westlicher Länge gesichtet hat. Es herrschte leichter Südwestwind. Die See war ruhig, die Sicht gut.

Cadix, 21. Mai.

Der Dampfer „Delfino“ meldet, daß er auf 35 Grad 29 Minuten nördlicher Breite und 11 Grad 24 Minuten westlicher Länge mit dem Luftschiff um 13.10 Uhr in Funkverbindung war. Das Luftschiff funkte, die Reise gehe ohne Zwischenfall voran.

Das Palmas, 21. Mai.

Der „Graf Zeppelin“ wurde gestern nachmittag auf halbem Wege zwischen der spanischen Küste und den Kanarischen Inseln von mehreren Dampfern beobachtet. Das Luftschiff flog mit einer Geschwindigkeit von etwa 50 Meilen in der Stunde.

### Neue Rotopferverhandlungen

Berlin, 21. Mai.

In der Presse werden Andeutungen über Bestrebungen im Zentrum gemacht, ein Rotopfer einzuführen. Diese Informationen gehen offenbar auf einen Artikel der „Germania“ zurück, in dem vorgeschlagen wurde, daß der Reichstag von sich aus einen solchen Antrag auf Einführung eines Rotopfers betreiben solle, um das Defizit der Arbeitslosenfürsorge zu decken. Inzwischen haben in der Tat innerhalb der Zentrumsfraktion eine Reihe Besprechungen über dieses Thema stattgefunden. Die Bewegung für das Rotopfer geht aus von dem Kreise um Dr. Stegerwald, der noch gestern nachmittag eingehende Besprechungen darüber hatte. Sie steht in engem Zusammenhang mit den Vorschlägen der Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung, bei denen ja immerhin noch ein Fehlbetrag von 75 Millionen zu decken bleibt, abgesehen davon, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit weitere Mittel erforderlich macht. Unter diesen Umständen haben die Bewegungen im Zentrum das Ziel, etwa 150 bis 200 Millionen durch ein Rotopfer der Festbesoldeuten aufzubringen. Der Plan geht dahin, die kleinen Einkommen bis zu einer gewissen Grenze freizulassen und dem Rotopfer die Form der Einmaligkeit zu geben. Praktisch wird die Entwicklung wohl so weitergehen, daß die Zentrumsfraktion dem Reichsfinanzminister im Laufe dieser oder der nächsten Woche feste Vorschläge unterbreitet und ihn bittet, mit den Fraktionsführern der Regierungsparteien darüber zu verhandeln. — In Kreisen der Deutschen Volkspartei steht man dem Gedanken des Rotopfers bekanntlich nicht sehr sympathisch gegenüber. Die endgültige Stellungnahme der Fraktion dürfte aber von der Gestaltung der Vorschläge und der Notwendigkeit, das Defizit zu decken, bestimmt werden.

### 20000 Mann bereits abtransportiert.

Mainz wird am 30. Juni frei.

Wie aus Mainz über den Fortgang der Räumungsaktion gemeldet wird, sollen zuerst die kleineren Städte frei werden. Am längsten bleiben Mainz und Wiesbaden besetzt, doch wird Wiesbaden noch vor Mainz geräumt werden. In Mainz wird die Tricolore am 30. Juni niedergeholt werden. Bis zur Stunde sind etwa 20 000 Mann aus der dritten Zone nach Frankreich zurücktransportiert worden, so daß bis zum 30. Juni noch rund 40 000 zurückgezogen werden müssen. Das schwere Material und die Pionierparks sind bereits aufgelöst.

### Einleiten der Besatzungsbehörde?

Einkellung des Abbruchs der Luftschiffhalle in Trier angeordnet.

Ein Ingenieur und eine Gruppe Arbeiter einer Mannheimer Firma, die mit Schweißgeräten zum Abbruch der Zeppelin-Halle in Trier, die bekanntlich kürzlich verfeuert worden ist, an Ort und Stelle eintrafen, um mit den Arbeiten zu beginnen, wurden von französischem Militär zur Einstellung der Abbrucharbeiten veranlaßt. Das gesamte Material zur Wiederlegung der Halle ist zur Bahn zurückgebracht und der Mannheimer Firma wieder zugeführt worden.

Aus welchem Grunde diese Maßnahme von französischer Seite erfolgte, und wer den Soldaten den Befehl zur Einstellung der Arbeit erteilt hat, ist nicht bekannt.

### Böb dienstentlassen.

Das Urteil des Disziplinargerichts. — Böb legt Berufung ein.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Nooshke verhandelte das Disziplinargericht im großen Sitzungssaal der Preussischen Bau- und Finanzdirektion in Berlin am Dienstag gegen den bisherigen Berliner Oberbürgermeister Böb. Vor dem Gebäude war Polizei postiert; eine Anzahl Neugieriger hatte sich eingefunden. Oberbürgermeister Böb entzog sich etwaigen unliebsamen Szenen dadurch, daß er bereits etwa eine Stunde vor Beginn der Verhandlung eintraf. Die Anklage vertrat Oberregierungsrat Gade vom preussischen Innenministerium. Für den Oberbürgermeister Böb, der trotz seines Erholungsurlaubes recht bleich und angegriffen ausah, sprach Reichstagsabgeordneter Fischer.

Nach Abschluß der Vernehmung verkündigte das Gericht folgendes Urteil:

Der Angeklagte hat die Pflichten verletzt, die ihn sein Amt auferlegt und sich durch das Verhalten in und außer Dienst der Achtung, des Ansehens und des Vertrauens, die sein Dienst erfordern, unwürdig gezeigt. Er wird daher mit Dienstentlassung bestraft.

Dem Angeklagten wird auf Lebenszeit  $\frac{2}{3}$  des ihm reglementsmäßig zuzurechnenden Pensionsbetrags als Unterstützung gewährt. Die baren Auslagen des Verfahrens fallen dem Angeklagten zur Last.

Nach Verkündung des Urteilspruchs ließ Oberbürgermeister Böb sofort Berufung einlegen. Als zweite Instanz ist der Disziplinarhof des Oberverwaltungsgerichts zuständig.

Stadttrat Kay, der Nachfolger des Stadttrats Busch in der Leitung der Grundstücksabteilung der Reichshauptstadt, ist bis zur Erledigung des gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahrens vorläufig vom Amt suspendiert worden.

### Das Kindersterben in Lübeck.

Eine Entschließung der Eltern.

In Lübeck fand eine Versammlung der Eltern der mit dem Calmette-Präparat genährten Kinder statt. Es wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die in Lübeck versammelten Väter und Mütter der nach dem Calmette-Verfahren geimpften Kinder erheben hiermit einmütigen Protest dagegen, daß das Verfahren in Lübeck eingeführt wurde, dessen Angehörigkeit bei der sachverständigen Ärzteschaft umstritten ist, und daß sie vor Anwendung des Verfahrens nicht genug aufgeklärt worden sind.“

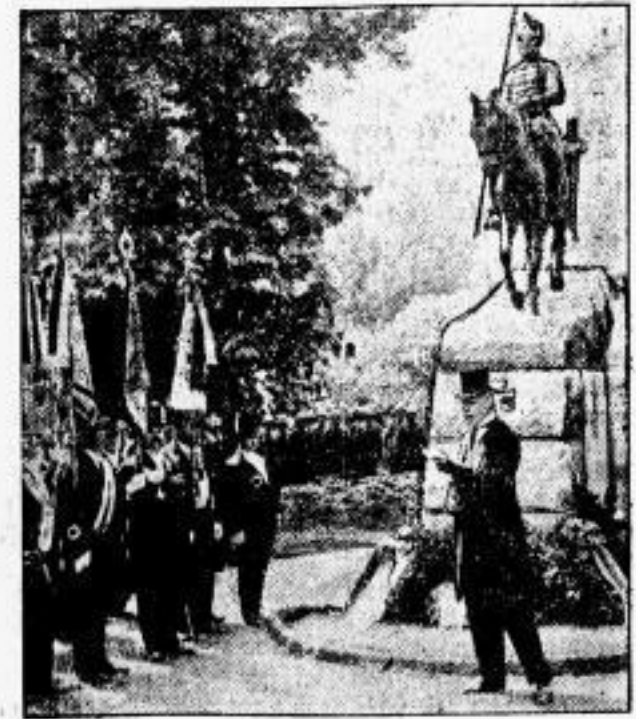
Sie fordern eine rückblicklose Untersuchung der Ursache der verhängnisvollen Folgen der Impfung. Sie fordern ferner ein energisches Vorgehen, um die gesundheitlichen Schädigungen an den geimpften Kindern nach Möglichkeit herabzumindern.

Es wird weiter gefordert, daß die entstandenen und später noch entstehenden Vermögensschädigungen restlos vom Staat ausgeglichen werden, insbesondere, daß auch die Kosten der ärztlichen Behandlung der geimpften Kinder in- und außerhalb des Krankenhauses erstattet werden.“

Der Stand der Erkrankungen.

Das Gesundheitsamt Lübeck gab am Dienstag folgendes bekannt:

Nach dem Stand vom 17. Mai sind 43 Säuglinge mit dem Calmette-Schutzpräparat genährt worden. Von diesen Säuglingen sind 17 gestorben, jedoch ist nur bei 13 dieser Fälle die Calmette-Fütterung als positive Todesursache festgestellt worden, während in den übrigen vier Fällen eine andere Todesursache in Frage kommt. Erkrankt sind 33 Säuglinge, davon acht schwer. Geheilt sind zehn Säuglinge. In ärztlicher Beobachtung befinden sich 78 Kinder. 61 der mit dem Calmette-Präparat genährten Säuglinge sind gesund, doch besteht die Möglichkeit, daß ein Teil von ihnen noch erkranken wird. Unbekannt ist noch der Gesundheitszustand von 42 Kindern. Zwei der mit dem Calmette-Präparat genährten Säuglinge sind infolge anderer Ursache erkrankt.



200 Jahre Zieten-Husaren.

In Rathenow, der langjährigen Garnisonstadt der roten Husaren, fand die 200jährige Gründungsfeier des Husarenregiments von Zieten statt. Unser Bild zeigt Oberbürgermeister Lindner bei der Festansprache am Denkmal der gefallenen Zieten-Husaren.